



Grüne Post



Informationsblatt der Kaarster Grünen

Ausgabe 195

21. Jahrgang

20. Mai 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

die Frage, welche Maßnahmen (noch) angemessen sind im Rahmen der Corona-Krise, und wie eine schrittweise Rückkehr in das normale Leben erfolgen soll, bewegt und polarisiert. Als Stadt ist Kaarst sozial, wirtschaftlich und finanziell hart angeschlagen. Der Kämmerer berichtete über ein Defizit von bis zu 2,9 Millionen Euro; im Finanzausschuss am 28. Mai sollen Einsparmaßnahmen und der weitere Umgang beraten werden. Unbürokratisch geholfen hat die Verwaltung den Schulen und Schüler/innen bei der Unterstützung mit der Ausstattung von Notebooks und Tablets.

Das politische Tagesgeschäft ist – unter besonderen Bedingungen – in der Aula des GBG möglich, und wir haben uns als Grüne dafür eingesetzt, dass die Ausschüsse wieder regulär tagen, da alle Lebens- und Politikbereiche von der Corona-Krise betroffen sind, und der reguläre Politikbetrieb ebenfalls weitergehen muss und nicht nur über Dringlichkeitsentscheidungen abgewickelt werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir uns auch erneut für unseren alten Antrag zum Live-Stream von Rats- und Ausschusssitzungen einsetzen.

Auch wir mussten, wie Ihr wisst, bereits viele schöne Veranstaltungen und

Aktionen absagen. Umso mehr freut es uns, dass das Büro für Publikumsverkehr wieder ab dem 28. Mai geöffnet werden kann. Wahlkampftreffen und Fraktionssitzungen finden überwiegend per Videokonferenz statt.

Im Rahmen unserer Mitgliederversammlung am 18. Mai haben wir unsere Reserveliste vollständig wählen können, die Wahlkreise mit Kandidat/innen besetzt und den Vorstand komplettiert. Christian Gaumitz hat sich bereit erklärt, bis zum Jahresende für den zurückgetretenen Heiner Hannen den Posten des Vorstandssprechers auszufüllen. Stefan Neubauer ist auf die vakante Beisitzerstelle gewählt worden.

Die Reserveliste setzt sich zusammen aus einer guten, hochmotivierten Mischung aus neuen und erfahrenen Mitgliedern und konnte bis Platz 22 (bis auf eine Ausnahme) paritätisch besetzt werden. Wir freuen uns sehr, mit diesem Team weiter den Wahlkampf zu bestreiten und dann mit möglichst vielen Sitzen am 13. September in den Rat der Stadt Kaarst einzuziehen.

Bleibt alle gesund!

Bis demnächst

Ihre und Eure Kaarster Grünen

Verstärkte Nutzung von Solar-energie für städtische Gebäude gefordert



Die Kaarster Grünen fordern in zwei Anträgen zum nächsten Bau- und Umweltausschuss verstärkt auf die Nutzung der Solarenergie zu setzen.

So soll bei allen städtischen Neubauten sowie Sanierungen von Gebäuden im städtischen Eigentum zukünftig im Rahmen der Planung geprüft werden, inwieweit die Errichtung einer Photovoltaik- oder Solarthermieanlage einen Beitrag zur Energie- und Betriebskosteneinsparung leisten kann. Weiterhin sollen auch Batteriespeicher betrachtet werden.

Außerdem soll im Rahmen eines Pilotprojekts ein besonders geeignetes Gebäude zur nachträglichen Installation einer Photovoltaikanlage ausgewählt werden, um eine langfristige Betriebskosteneinsparung zu erreichen. Insbesondere in Gebäuden, in denen ein großer Teil des Strombezugs tagsüber während der Sonnenscheinstunden auftritt, wie beispielsweise in Schulen und in Bürogebäuden, ist die Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaikanlage durch einen hohen Eigenverbrauch innerhalb weniger Jahre gegeben.

Die Nutzung der Solarenergie verbindet wichtige Ziele wie Energieeffizienz und Betriebskosteneinsparung und hat zudem positive Auswirkungen auf die

regionale Beschäftigung: Installation, Service und Wartung bieten Handwerkern neue Betätigungsfelder und helfen langfristig Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Daher sollte bei Neubauten und umfangreichen Sanierungen immer eine Prüfung erfolgen, welche Form der Solarenergienutzung für das jeweilige Gebäude am sinnvollsten umzusetzen ist.

Die Steigerung der Eigenversorgung mit dezentral erzeugtem, klimafreundlichem Strom entlastet langfristig das Energie-Budget der Kommune und trägt dazu bei, die Kaarster Klimaschutzziele zu erreichen.

Radweg auf der Neusser Straße ist endlich umgesetzt!



Zwei Jahre nach dem Beschluss des Verkehrsausschusses ist der Fahrradstreifen auf der Neusser Straße umgesetzt worden. In den letzten zwei Jahren hatte alle Betroffenen Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen. Dass es in den ersten Wochen einer Gewöhnung an die neuen Begebenheiten bedarf, war zu erwarten. Es ist bedauerlich, wenn darunter inhabergeführte und kleinere Läden leiden müssen. Auf Dauer wird der Fahrradstreifen, der zu einem sicheren Radverkehr in diesem Bereich beiträgt, zu einer Verhaltensänderung der Kunden führen. Erfahrungen von Städten, die vermehrt Fuß- und Radverkehr fördern, haben gezeigt, dass diese Maßnahmen letztendlich meist zu einer Zunahme des Kundenverkehrs

führten. Als Grüne sind wir offen, mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Gastronomen eine Lösung zu finden, die selbstverständlich eine Belieferung und auch einen kurzen Halt mit dem PKW ermöglicht.

Wir freuen uns für alle Radfahrerinnen und Radfahrer, die nun sicherer über die Neusser Straße fahren können.

Flüchtlingen aus Griechenland aufnehmen!

Die Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln spitzen sich seit Jahren zu. Anfang dieses Jahres gingen die untragbaren Zustände durch die Presse, die Bundesregierung sicherte die Evakuierung wenigstens von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu.

Die Corona-Pandemie lenkte den öffentlichen Blick größtenteils weg von der humanitären Katastrophe an Europas Außengrenze. Gleichzeitig verschärften sich durch die Pandemie aber auch die Zustände in den Lagern. Die Situation in den überfüllten Lagern ist katastrophal, es fehlt an allem: von medizinischer Hilfe bis zu hygienischer Grundversorgung. Schutzmaßnahmen, die auf dem europäischen Festland getroffen werden, sind dort unmöglich.

Angesichts der weltweiten Corona-Pandemie müssen wir mehr denn je solidarisch handeln und jene unterstützen, die von dieser Katastrophe besonders schwer betroffen sind. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt deshalb über den Sozialausschuss, bei Land und Bund Aufnahmeplätze für Flüchtlinge aus griechischen Flüchtlingslagern einzufordern. Die Stadt Kaarst selbst soll 40 Plätze dafür zur Verfügung stellen.

Im letzten November hatte der Sozialausschuss auf Antrag der Grünen einen Beschluss gefasst, durch den der Stadtrat unter anderem die NRW- und Bundesregierung und die Bundesregierung dazu aufrufen sollte,

„auf nationaler und europäischer Ebene rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und durchzusetzen, die eine sichere und menschenwürdige Aufnahme aller geflüchteten Menschen, unabhängig von der Fluchtroute, ermöglichen.“ Die humanitär katastrophalen Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern, die derzeit durch die Corona-Pandemie zusätzlich verschärft werden, machen eine Konkretisierung dieses Beschlusses notwendig. Die Ermessensklauseln des Dubliner Abkommens ermöglichen es den Mitgliedsstaaten auch, Menschen aus humanitär prekären Zuständen aufzunehmen, für die sie formell nicht zuständig sind. Über diese Ermessensklauseln könnte Deutschland also Flüchtlinge aus griechischen Lagern aufnehmen. Viele Kommunen haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, in diesem Rahmen zusätzlich Menschen aufzunehmen. Die Stadt Kaarst sollte sich hier solidarisch zeigen – mit den anderen Kommunen, aber vor allem mit den geflüchteten Menschen.

Globaler Netzstreik fürs Klima - auch mit den Kaarster Grünen



Am 24.04.2020 war Globaler Netzstreik fürs Klima auch die Kaarster Grünen waren dabei.

Denn trotz der Bedrohung durch das Corona-Virus, bleibt die Klimakrise real und akut.

Die Coronakrise stellt uns vor Herausforderungen, die wir uns bis vor kurzem gar nicht vorstellen konnten und bestimmt derzeit unser Leben.

Aber auch eine andere existenzielle Krise macht sich jetzt wieder deutlicher bemerkbar: Seit Wochen fehlt in Kaarst und großen Teilen Deutschlands nennenswerter Niederschlag. Noch haben wir einen gewissen Speicher aus den winterlichen Regenfällen, doch hält diese Trockenheit an, drohen Waldbrände und Ernteeinbußen wie in den letzten beiden „Dürrejahre“.

Auch wenn das Corona-Virus derzeit im Vordergrund steht, dürfen wir unsere langfristigen Ziele nicht aus dem Blick verlieren. Selbst wenn der globale CO₂-Ausstoß dieses Jahr aufgrund der Einschränkungen einige Prozent geringer als letztes Jahr ausfallen sollte, so handelt es sich doch um kurzfristige Einmaleffekte und nicht um eine Trendumkehr. Im Gegenteil werden wir sogar einen Teil unseres CO₂-Budgets, das wir zum Einhalten des 1,5-Grad oder 2-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens noch haben, aufbrauchen, ohne weiter auf das Ziel einer CO₂-neutralen Gesellschaft und Wirtschaft hinzuarbeiten.

Im Moment laufen wir Gefahr, dass die Klimaschutzziele zurückgenommen oder für kurzfristige Wirtschaftsförderung aufgeweicht oder ausgehebelt werden. Daher darf der Druck aus der Gesellschaft auf Politik und Wirtschaft jetzt nicht nachlassen.

Auf der anderen Seite werden vermeintlich „unbequeme Maßnahmen“, wie Homeoffice-Regelungen, Videokonferenzen statt Dienstreisen, breitere Radwege in den Städten etc. plötzlich möglich. Die jetzige Geisteshaltung der generationsübergreifenden Solidarität und der Wille, schwierigen und komplexen Problemen mit

Innovationsbereitschaft und 'Out-of-the-Box'-Denken zu begegnen, wünschen wir uns auch in der Auseinandersetzung mit der großen Aufgabe, den vom Menschen gemachten Klimawandel aufzuhalten.

Radweg an der L 390 – keine Sanierung in nächster Zeit



Die Kaarster Grünen hatten sich Anfang April mit einem Schreiben an NRW-Verkehrsminister Wüst (CDU) gewandt, um den Sachstand einer möglichen Sanierung des Radwegs entlang der L 390 in Erfahrung zu bringen. Das Ministerium teilt nun mit, man prüfe zur Zeit, ob im Jahr 2021 eine Teilsanierung, überdies unter Finanzvorbehalt, möglich sei. Darüber hinaus betont er noch einmal, dass eine Sanierung im Jahr 2020 möglich gewesen wäre, die Stadt Kaarst dies jedoch (im Stadtrat durch CDU und FDP) abgelehnt habe. Zwischenzeitlich hatte die stellvertretende Bürgermeisterin Uschi Baum verkündet, eine Sanierung des Radweges im kommenden Jahr sei sicher, dies stellt sich nun aber als Fake News heraus.

Es ist eine herbe Enttäuschung für die Radfahrer in Kaarst, dass das Land nicht verbindlich zusagen kann, wann der Radweg endlich saniert wird. Noch bitterer ist dies vor dem Hintergrund, dass die Stadt die Chance gehabt hätte, in diesem Jahr die Sanierung durchzuführen und sich die Kosten vom

Land erstatten zu lassen. Wir werden uns weiterhin für die Sanierung des Radwegs entlang der L 390 einsetzen und Druck machen.

Die Ausbesserungsmaßnahmen durch den Landesbetrieb Straßen.NRW sind ein schlechter Scherz, hier verlangen wir eine umgehende Nachbesserung und Herstellung der Verkehrssicherheit.

Es ist wirklich befremdlich, wenn die stellvertretende Bürgermeisterin Uschi Baum öffentlich suggeriert, der Radweg entlang der L 390 werde saniert und gleichzeitig kommt vom zuständigen Ministerium eine ausweichende Antwort. Der Verwaltung liegen dazu auch keine neuen Informationen vor. Das zeigt den Stellenwert des Radverkehrs: für eine schnelle Meldung reicht es, für ernsthaftes Engagement ist das Thema dann wohl doch zu komplex für Frau Baum.

Kaarster Grüne beantragen kommunale Crowdfunding-Plattform

Zum Hauptausschuss am 28. Mai stellen die Grünen den Antrag, dass von der Verwaltung eine kommunale Crowdfunding-Plattform für Kaarst eingerichtet wird. Über Crowdfunding-Plattformen können Menschen Projekte aus den Bereichen Bildung, Soziales, Kultur, Kunst, Umwelt, Sport u.a. finanziell unterstützen. In ihrer Begründung heißt es, dass gerade in Zeiten der Corona-Krise Solidarität und schnelle Hilfsinitiativen gefragt seien.

Eine kommunale Crowdfunding-Plattform kann Projektinitiatoren und Projektförderer zusammenbringen. Damit kann die Plattform bürgerliches Engagement fördern und sichtbar machen, sowohl von denen, die das Projekt initiieren und durchführen, als auch von den Unterstützern. Die Anbieter können die Plattform als eine Basis zur Information und Werbung für ihre Projekte nutzen, und sie könnte ein „Schaufenster“ für das bürgerschaftliche Engagement werden.

Die Verwaltung lehnt den Vorschlag leider ab.

Grüner Antrag erfolgreich: Stadt soll Verlängerung von Belegungsrechten für Sozialwohnungen prüfen

Ein Antrag der Grünen, Gespräche mit Eigentümern zu führen, die heute (noch) über Wohnungen mit einer öffentlichen Bindung – sog. Sozialwohnungen – verfügen, mit dem Ziel, die Belegungsbindung zu verlängern, ist vom Hauptausschuss einstimmig angenommen worden.

Es ist uns Grünen ein besonderes Anliegen, dafür zu sorgen, dass es in Kaarst ein Wohnungsangebot für jeden Geldbeutel gibt. Um das langfristig zu gewährleisten müssen die Wohnungen, die heute schon preisgebunden sind, möglichst langfristig bezahlbar bleiben. Die Verlängerung von Belegungsrechten kann dabei ein Baustein sein.

Im Handlungskonzept Wohnen ist die Zahl von 428 Sozialwohnungen festgeschrieben worden. Diese haben die Grünen als viel zu niedrig kritisiert. Die Zahl wird nun kurzfristig durch die Fertigstellung von Neubauprojekten erreicht. Allerdings werden mittelfristig in den nächsten Jahren Wohnungen aus der Bindung fallen, d.h. nicht mehr als Sozialwohnungen zur Verfügung stehen und die Mietpreise werden sich den Marktpreisen annähern, insbesondere beim Mieterwechsel. Damit diese Entwicklung in ein paar Jahren den Kaarster Wohnungsmarkt nicht unvorbereitet trifft, sollte die Verwaltung frühzeitig Gespräche mit den entsprechenden Eigentümern führen, um für eine Verlängerung der Bindung werben.

Grüne pflanzen Robinie zum Tag des Baumes



Die Kaarster Grünen pflanzten anlässlich des Tag des Baumes am 25. April auch in diesem Jahr wieder einen Baum. Eine Robinie, der Baum des Jahres 2020, ergänzt nun in der Ortsmitte Vorst den Baumbestand und sorgt so für mehr Grün in Kaarst. Bereits zum zwanzigsten Mal pflanzen die Grünen einen hochstämmigen Baum im Kaarster Stadtgebiet und wollen damit auf das aus ihrer Sicht immer noch spärliche öffentliche Grün und den geringen Anteil an Waldfläche aufmerksam machen. Wichtig ist den Grünen, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern selber aktiv einen Beitrag zu mehr Umwelt- und Klimaschutz in Kaarst zu leisten.

Immer noch keine Querungshilfe auf der Maubisstraße



Seit vielen Jahren setzen sich die Grünen für eine sichere Querungshilfe auf der Maubisstraße in Höhe der Sparkasse ein. Leider ist dieser Vorstoß in den letzten Jahren am Widerstand von CDU und FDP gescheitert. Nun wagen die Grünen einen erneuten Anlauf mit einem Antrag zum Verkehrsausschuss im Mai.

Aus Sicht der Grünen kommt es hier häufig zu gefährlichen Situationen, weil Menschen die Maubisstraße an dieser Stelle queren wollen. Das ist einerseits nicht barrierefrei möglich, andererseits führen das hohe Fußgänger- und Autoaufkommen regelmäßig zu Konflikten. Zu erwarten, dass die FußgängerInnen zur Querung den Umweg über den Zebrastreifen am Kreisverkehr in Kauf nehmen, ist unrealistisch und entspricht nicht den täglichen Beobachtungen. Um dieser Situation endlich abzuhelpen, wollen die Grünen, dass eine Lösung in Form eines Zebrastreifens o.ä. gefunden wird. CDU, SPD und FDP haben den Antrag abgelehnt. Offensichtlich politisch ertappt fühlte sich die SPD-Fraktionsvorsitzende Anneli Palmén, die den Grünen vorwarf, sie hätten für eine Erhöhung der Geschwindigkeit auf der Maubisstraße gesorgt, so nervös und inhaltsleer sind die Kaarster Sozialdemokraten leider geworden, dass sie mit Lügen agieren müssen, um überhaupt noch Aufmerksamkeit zu erhaschen.

Die Meerbuscher und Kaarst Grünen nehmen Stellung zum Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf

Mit völligem Unverständnis betrachten die Kaarster und die Meerbuscher Grünen

das Festhalten des Verkehrsministeriums und des zuständigen Ministers Wüst an dem starren Termin der Beteiligung der Öffentlichkeit in dem Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung des Flughafens. Neben der Tatsache, dass die Kaarster und Meerbuscher Grünen generell diesen unsinnigen Ausbau der Kapazitäten kategorisch ablehnen, ist es schon fast grotesk, dass der Ministerpräsident des Landes NRW die Bürger auffordert, so viel als möglich zuhause zu bleiben und gleichzeitig die selbe Landesregierung dieses Verfahren durchzieht – koste es, was es wolle. Keinem Bürger ist es zuzumuten, in dieser kritischen Situation die Durchsicht mehrerer Ordner mit Antragsunterlagen vor Ort bei der Stadt vorzunehmen. Ein entscheidendes Instrument in diesem Verfahren, nämlich die Beteiligung der betroffenen Menschen, wird so ad absurdum geführt und zugleich das Grundrecht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit mutwillig mit den Füßen getreten.

Dieses absurde Verfahren könnte entspannt um ein Jahr nach hinten geschoben werden, damit die demokratischen Grundrechte wahrgenommen werden können. Schließlich läuft dieses Verfahren schon seit 2016 und wird frühestens 2022 abgeschlossen sein.

Besonders grotesk erscheint zudem das starre Festhalten von Flughafen und Ministerium an noch mehr Starts und Landungen, vor dem Hintergrund, dass sich nahezu alle Experten sich einig sind, dass es gewaltige Reduzierungen im

Luftverkehr in den kommenden Jahren geben wird. Der Flughafen sollte seinen Antrag zurückziehen und in Ruhe an einer Neubewertung der Situation arbeiten, anstatt starrköpfig die veränderten Rahmenbedingungen in der Welt zu ignorieren.

„Sozial“demokraten in Kaarst

Die Kaarster Grünen haben aufgrund der Corona-bedingten Absage des Sozialausschusses im März die Sozialausschussvorsitzende, Anneli Palmen (SPD) gebeten, noch vor der Sommerpause eine Sitzung einzuberufen. Auf diese Anfrage reagierte die SPD-Ratsfrau mit einer fraprierenden Ehrlichkeit und stellte Ihre Haltung gegen sozialen Fragen klar dar, sie ließ die Grünen nur wissen „Welche punkte seht ihr denn dringlich im sozialausschuss zu behandeln? ich habe im moment eher das gefühl, dass aktuell die wirtschaftsförderung gefragt ist.“ Erst nachdem die Grünen noch einmal auf die eingereichten Anträge in Sachen Integrationskonzept, Behindertenbeauftragter und jetzt auch noch zum Thema Flüchtlingsaufnahme erinnert haben, hat die Sozialausschussvorsitzende einen Ausschuss einberufen. Die Haltung, in der jetzigen Krise sei eher die Wirtschaftsförderung gefragt, als über soziale Fragen und Anträge zu beraten, offenbart die soziale Haltung der „Wirtschaftsjournalistin“ Anneli Palmen. Offenbar ist den Sozialdemokraten jeglicher Kompass verloren gegangen, zum Glück haben wir als Grüne hier eine breitere Perspektive, damit auch die Sozialpolitik nicht komplett unter den Tisch fällt.

Unterstützungsmöglichkeiten von Schulen in Zeiten des akuten Lehrermangels

Auf Antrag der Grünen wird die Stadt Gespräche mit den Kaarster Schulen führen, um den Bedarf an Unterstützung in Bezug auf Sekretariatsstellen und andere unterstützende Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte und Schulleiter zu klären.

Die Schulleiter und Lehrer sind nicht erst seit der Coronakrise in einer schwierigen Situation. Seit langer Zeit wird die Arbeit an Schulen aufgrund akuten Lehrermangels immer schwieriger. Die Stadt kann keine Lehrer herbeizaubern und könnte, selbst wenn, diese nicht einstellen, da dafür das Schulministerium NRW zuständig ist. Aber sie hat es in der Hand, die Bedingungen an Schulen so zu gestalten, dass die dort tätigen Schulleiter und Lehrer die bestmögliche Unterstützung erhalten und entlastet werden. Eine Möglichkeit hierfür wäre, in enger Absprache mit den Schulen, zeitnah die Sekretariate ausreichend zu besetzen und Schulsozialpädagogenstunden aufzustocken.

Die GRÜNEN Alten in Corona Zeiten

Anfang April blieb der Sitzungsraum in der Grünen Geschäftsstelle leer. An diesem monatlichen Termin sollte der 14. Geburtstag der GRÜNEN Alten gefeiert werden. Doch ebenso wie alle anderen Aktivitäten und Termine musste er abgesagt werden. Wer nun erwartet hat, dass Selbstmitleid und Jammern obsiegt, wurde schnell eines Besseren belehrt. Hier nur einige Beispiel aus der Gruppe: Peter Raudenkolb gründete spontan eine WhatsApp Gruppe an der ein Großteil der GA teilnehmen kann und will. Für Anneliese Belau (93) bedeutet es eine große Hilfe, sowie die Gruppe überhaupt. Sie fühlt sich sehr gut angenommen und empfindet es als

stabiles Fundament für Hilfe, Rückhalt und Kommunikation. Sie lebt, wie Johanna Gehrke (89) in einem Appartement im Kaarster Johanniter Stift. Johanna fühlte sich in dieser Zeit dort sehr gut aufgehoben und konnte sich gut einfügen. Vermisst hat sie – wie alle anderen auch, menschliche Nähe und das zwanglose Zusammensein mit Freunden. Ähnlich wie Elisabeth Leweke: diese Zeit ist nicht schlimm, nur das „Drücken“ der Kinder und Enkel fehlt sehr. Für Werner Bechtel war der 10. Mai das schönste und wichtigste Ereignis. Seine Mutter, fast 103 wieder besuchen zu dürfen und zu können! Ulla Hackspiel genießt die Ruhe, die Abwesenheit von Fluglärm und die Muße. Christel Mengerlinghausen macht sich keine Sorgen und ist entspannt. Lilo Dickau (84) vermisst sehr die spontanen Kontakte und empfindet Nähe durch die Schutzmasken etwas eingeschränkt. Sorgen macht sie sich eher um ihren Sohn der sich wiederum Sorgen um seine allein lebende Mutter macht. Peter hat in dieser Zeit seinen Garten in ein Paradies verwandelt, sich ein Fahrrad gekauft und ist somit höchst aktiv. Dass die GRÜNEN Alten auch politisch interessiert sind, zeigt die lebhaftige Diskussion über die sehr umstrittenen Äußerungen des Grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer. Ein Statement dazu im Namen der GRÜNEN Alten im Rhein-Kreis Neuss ging an den Bundes- und den Landesvorstand. In der Hoffnung, dass alle gesund und fit bleiben freuen sich die GRÜNEN Alten auf das nächste Treffen und die Aktivitäten die der Wahlkampf und das Leben noch bringen werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Stadtverband Kaarst
Martinusstraße 4, 41564 Kaarst
Telefon 02131/61557
Email info@gruene-kaarst.de
Internet www.gruene-kaarst.de
Grüne Post – Stadtverband Grüne Kaarst
Texte: Katharina Voller, Nina Lennhof, Dominik Broda,
Christian Gaumitz, Marianne Michael-Fränzel
V.i.S.d.P. : Nina Lennhof